



## **Antrag**

der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW

### **Für den Erhalt der Sektion für Sexualmedizin am UKSH in Kiel**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich aktiv für den Erhalt der Sektion für Sexualmedizin einzusetzen und eine Perspektive für einen dauerhaften Fortbestand der Einrichtung zu entwickeln.

#### **Begründung:**

Die Arbeit der Sektion für Sexualmedizin am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) ist unverzichtbar für die Verfolgung und Vorbeugung von Sexualstraftaten und leistet einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit der Bevölkerung.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag nimmt mit großer Besorgnis zu Kenntnis, dass der Fortbestand dieser renommierten Einrichtung ab Jahresbeginn 2012 ungewiss ist. Hiervon ist die sexualmedizinischen Forschung und Lehre sowie die von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entwickelten und durchgeführten Therapien für inhaftierte Sexualstraftäter betroffen. Auch die Versorgung von pädophil geneigten Männern im Dunkelfeld (Projekt „Kein Täter werden“) ist nicht mehr gewährleistet. Eine Beendigung dieser Tätigkeiten hätte zur Folge, dass gefährliche Sexualstraftäter nicht ausreichend begutachtet und therapiert werden können und weiterhin eine Gefährdung der Allgemeinheit darstellen würden. Durch den mit der Schließung der Einrichtung verbundenen Verlust der Möglichkeit zur Durchführung drittmittelfinanzierter Forschungsprojekte würde zudem eine Schwächung des Wissenschaftsstandortes Schleswig-Holstein stattfinden, da die Sektion für Sexualmedizin international beachtete Forschungsergebnisse vorzuweisen hat.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag sieht zudem die Gefahr, dass das Land die sich ab dem 01.06.2013 aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Sicherungsverwahrung vom 04.05.2011 (Az: 2 BvR 2365/09) ergebenden Verpflichtungen zur Begutachtung und Therapie von zu Sicherungsverwahrung verurteilten Sexualstraftätern nicht erfüllen kann, wenn die Aus- und Fortbildung qualifizierter Therapeutinnen und Therapeuten sowie Gutachterinnen und Gutachter in Schleswig-Holstein gefährdet ist.

Jürgen Weber  
und Fraktion

Rasmus Andresen  
und Fraktion

Antje Jansen  
und Fraktion

Lars Harms  
und Fraktion